

Die Schweiz erlebt einen Wertewandel

PHILIPP MÜLLER, PRÄSIDENT DER FDP.DIE LIBERALEN.

INTERVIEW STEFFEN KLATT

Fast anderthalb Jahrzehnte Wachstum haben die Schweiz in gewissen Bereichen träge gemacht, sagt FDP-Präsident Philipp Müller. Das Land brauche wieder mehr Freiheit und weniger Regeln. Müller will den neuen Verfassungsartikel zur Einwanderung «korrekt» umsetzen und die bilateralen Abkommen weiterentwickeln.

Die Schweiz hat ein halbes Jahrzehnt stabilen Wachstums hinter sich. Wo steht sie im Vergleich zu ihren Wettbewerbern?

PHILIPP MÜLLER Das Wachstum hat bereits nach der Jahrtausendwende angefangen, mit einem Einbruch 2008 und 2009. Aber wenn es einem immer gut geht, dann wird man träge.

Ist die Schweiz träge geworden?

In gewissen Bereichen, ja. Das dürfte auch eine Folge des Wachstums und der Vollbeschäftigung sein. Viele Leute verkennen heute, dass Wohlstand nicht vom Himmel fällt.

Und die Wirtschaft?

Die Unternehmen sind alles andere als träge. Sie haben sich trotz hohem Frankenkurs und garstigem Umfeld gut geschlagen. Ich staune immer wieder, wie die Unternehmen Lücken finden, innovativ sind, den Weg zu neuen Produkten und neuen Märkten finden und dabei auch noch Geld verdienen können, um wieder zu investieren. Gerade kleinere Firmen entdecken immer wieder Nischen. Aber wenn wir auf die Abstimmungen sehen: Früher hat der Souverän in der Regel bestätigt, was der Bundesrat und das Parlament beschlossen haben. Seit einigen Jahren segnet der Souverän nicht mehr einfach nur ab.

Das klingt nach einer gesunden Demokratie...

Das klingt nach einer lebhaften und gesunden Demokratie, die ich auch keineswegs in

Frage stelle. Es klingt aber auch nach etwas anderem, nämlich, dass die Politik in manchen Bereichen Fehler gemacht hat.

Welche?

Nehmen wir den 9. Februar, die Masseneinwanderungsinitiative: Die FDP hat seit 2008 gesagt, dass es nicht gut kommt, wenn jedes Jahr eine Stadt in der Grössenordnung von St. Gallen hinzukommt. Dass nicht die Personenfreizügigkeit das Problem ist, sondern die alljährlich rund 40000 Menschen, die nicht aus der EU in die Schweiz kommen, haben wir immer wieder betont – leider ohne Erfolg. Das hat Unzufriedenheit ausgelöst. Denn Lebensqualität wird vom Schweizer Volk zunehmend als wichtig angesehen und auch anders definiert als früher. Lebensqualität ist zunehmend auch Konsum von Natur.

«SOLANGE MICH DIE PARTEI ERTRÄGT, BLEIBE ICH.»

Haben die Parteien diesen Wechsel von immer mehr Wachstum hin zu mehr Lebensqualität mitgemacht?

Nein, und da muss sich die Politik selbst an der Nase nehmen. Wir haben zu spät erkannt, dass ein Kulturwandel im Gang ist. Aber ob es uns recht ist oder nicht: Wir stehen in einem globalen Wettbewerb. Die Schweiz behauptet sich gut, könnte aber auch schnell weg vom Fenster sein. In der Schweiz verdienen wir den Lebensunterhalt, im Export verdienen wir den Wohlstand. Die Schweiz gehört zu den wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt. Das heisst aber auch, dass man gewisse globale Spielregeln einhalten muss.

Welche? Dass man Verträge einhalten muss, die man abgeschlossen hat?

Beispielsweise, ja. Das heisst aber auch, dass der Kampf gegen die Steuerhinterziehung heute global geführt wird, im Rahmen von global geltenden Standards der OECD. Man kann sich gegen den automatischen Informationsaustausch wehren, aber er steht trotzdem ins Haus.

War die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar für die Politik ein Weckruf?

Der Souverän hat gesprochen, die Politik hat das zu akzeptieren. Er hat vor allem gezeigt, was er nicht will: Wachstum um jeden Preis. Die Leute hinterfragen immer mehr den Leistungsdruck, unter dem sie stehen. Die Werte verschieben sich. Das ist auch einer der Gründe, warum sich die FDP vor den Wahlen 2015 einer Wertediskussion stellen will: Wohin will dieses Land gehen? Wie sieht die Schweiz in zehn, fünfzehn, zwanzig Jahren aus?

Wie stellen Sie sich die Schweiz vor?

Die Schweiz in fünfzehn Jahren soll ein Land sein, das in Frieden lebt mit seinen Nachbarn, das regen Handel treibt und regen kulturellen Austausch erlebt. Bei den bilateralen Abkommen werden wir uns mit der EU geeinigt haben; wir werden auch dann noch nicht Mitglied der EU sein. Vielleicht leben wir eines Tages in einem Europa der Regionen.

Wir sehen uns aber nicht in einer Ballenberg-Schweiz, welche sich von der Welt abgewandt hat. Und wir wollen auch nicht, dass die Politik immer neue Regeln setzt und damit den Leuten Freiheit nimmt.

Die immer neuen Regeln werden doch auch von FDP-Parlamentariern und FDP-Bundesräten verabschiedet...

Nein, wir stehen ständig auf der Bremse. Es ist die vornehme Aufgabe eines Liberalen, Unsinn zu verhindern. Wir wollen verhindern, dass immer mehr reguliert wird in



ZUR PERSON

Philipp Müller, geboren 1952 in Mogelsberg SG, ist seit 2012 Präsident der FDP.Die Liberalen. Er war von 1997 bis 2003 Mitglied des Aargauer Grossen Rates und wurde 2003 in den Nationalrat gewählt. Der gelernte Gipser und Stuckateur ist Inhaber der Philipp Müller Generalunternehmung, Immobilien in Reinach AG.

Foto: zvg

Bereichen, wo es nichts zu regulieren gibt. Beispiel flankierende Massnahmen: Die Linke will sie so weit treiben, bis nichts mehr geht. Aber der grosse Trumpf der Schweiz ist ihr flexibler Arbeitsmarkt. Es werden dann Leute eingestellt, wenn die Unternehmen wissen, dass sie auch flexibel auf die Beschäftigungslage reagieren können. Beispiel Energiewende: Wir wollen verhindern, dass die Schweiz die Fehler Deutschlands mit der Übersubventionierung der erneuerbaren Energien wiederholt. Wir wollen ein wirkungsvolles System mit Lenkungsabgabe statt Steuern. Man muss den Menschen und den Unternehmen die Freiheit lassen, selbst Verantwortung zu übernehmen.

Das klingt komplex. Wie wollen Sie das Ihren Wählern erklären?

Wir haben drei Begriffe: Freiheit, Gemein-sinn, Fortschritt. Die Freiheit, mein Leben zu gestalten, ohne dass der Staat ständig Schranken setzt. Gemein-sinn heisst, Verantwortung zu übernehmen für die Zukunft, beispielsweise für zukunftsfähige, gesicherte Sozialwerke. Das heisst auch, sich Gedanken über die Folgen der Alterung der Bevölkerung zu machen. Die FDP ist eine Wirtschaftspartei, aber keine Partei der Elite. Wir sind die Partei, die gute Rahmenbedingungen schafft für die Wirtschaft. Aber wir

sind auch eine Volkspartei, welche für alle Probleme Lösungen erarbeitet, welche die Leute beschäftigen.

Kann die Verfassungsbestimmung vom 9. Februar umgesetzt werden, ohne dass das Freizügigkeitsabkommen mit der EU verletzt wird?

Nein. Das ist schlicht nicht möglich. Drei Begriffe, die seit dem 9. Februar in der Verfassung stehen, sind absolut nicht kompatibel mit dem Abkommen: der Schweizervorrang, die jährlichen Höchstzahlen und die Kontingente.

Trotzdem: Wir haben einen Volksauftrag. Die FDP setzt sich dafür ein, dass dieser Artikel 121a korrekt umgesetzt wird. Parallel dazu ist unser Aussenminister daran, mit der Europäischen Union zu verhandeln. Wir wissen heute nicht, über was dabei alles verhandelt werden soll und was am Ende herauskommt. Aber klar ist, dass die Zuwanderung ein zusätzliches Element dieser Verhandlungen sein muss. Das Mandat des Bundesrats für die Verhandlungen über die Sicherung und die Weiterentwicklung der bilateralen Verträge ist ja bereits im Dezember 2013 verabschiedet worden, also vor dem 9. Februar.

Wollen Sie also das Volk über die Umsetzung des neuen Verfassungsartikels und das Rahmenabkommen gleichzeitig abstimmen lassen?

Wir wissen heute nicht, wann ein Verhandlungsergebnis vorliegen wird und wie dieses aussieht. Der Bundesrat arbeitet jetzt daran, die Verfassungsnorm 121a umzusetzen. Ende Jahr wird er dem Parlament seinen Vorschlag unterbreiten. Wir haben vom Volk

den Auftrag erhalten, innerhalb von drei Jahren dieses Gesetz zu haben.

Hat nicht Bundesrat Burkhalter für 2016 eine Abstimmung über beide Themen vorgeschlagen, Masseneinwanderung und Weiterentwicklung der Bilateralen?

Ich kenne Didier Burkhalter sehr gut. Das hat er genau nicht gesagt. Er kann das auch nicht sagen, weil er nicht weiss, wie schnell und über was die EU verhandeln will. Die EU ist derzeit mit sich selbst beschäftigt.

Unser Ehrgeiz liegt jetzt darin, die Verfassungsnorm umzusetzen und die Bilateralen weiterzuentwickeln. Die Bilateralen sind noch in Kraft. Es gibt auch keinen Grund für die EU, das Freizügigkeitsabkommen zu kündigen.

Was halten Sie von der Idee der BDP, über die Umsetzung des Zuwanderungsartikels abzustimmen?

Die möchte ja am liebsten morgen schon abstimmen. Aber da muss man realistisch sein: Das wäre eine Missachtung des Volkswillens. Das gäbe einen Scherbenhaufen. Das gäbe eine höhere Zustimmung zu einer eigenständigen Steuerung der Zuwanderung als am 9. Februar. Man darf jetzt nicht hyperventilieren: Auch unsere europäischen Nachbarn wollen wie wir in Ruhe unsere kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen absichern. Das werden wir auch erreichen. Auch die EU weiss, was sie an der Schweiz hat: 1,2 Millionen Arbeitsplätze Schweizer Firmen in der EU, ein Handelsbilanzdefizit zugunsten der EU, 1,3 Million EU-Bürger, die in der Schweiz leben und arbeiten. Deswegen werden wir mit der EU zwangsläufig zu einem Resultat kommen.

Was sind Ihre Ziele für die Wahlen 2015?

Wir wollen zweitstärkste Partei werden ...

... also die SP überholen?

Ja, da sind wir nicht unbescheiden. Im Kanton Aargau haben wir das geschafft. Da sind wir von Platz vier auf Platz zwei vorgestossen. Gute Politik wird belohnt.

Wird es am 1. Januar 2016 noch zwei FDP-Bundesräte geben?

Auf jeden Fall.

Werden sie Didier Burkhalter und Johann Schneider-Ammann heissen?

Da bin ich sicher, ja.

Wie lange sind Sie noch FDP-Präsident?

Mir gefällt das Amt sehr. Ich gedenke nicht, morgen oder übermorgen aufzuhören. Solange mich die Partei erträgt, bleibe ich. ■